

Internationalismus und zivilgesellschaftliche Kooperation in Zeiten von Autoritarismus und Rechtswende

Kristina Dietz im Gespräch mit Valeska Hesse, Ferdinand Muggenthaler, Christiane Schulte und Ingrid Spiller

1. Einleitung

In vielen Ländern Lateinamerikas ist seit einigen Jahren eine autoritäre Wende mit illiberalen, faschistischen und ultraneoliberalen Tendenzen zu beobachten. Beispiele für autoritäre Entwicklungen finden sich in Brasilien unter Jair Bolsonaro, in Argentinien unter Javier Milei und zuvor unter Mauricio Macri, in Venezuela unter Nicolás Maduro, in El Salvador unter Nayib Bukele, in Ecuador unter Daniel Noboa und in Nicaragua unter Daniel Ortega. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen „rechts“ und „links“ zu einer gefährlichen Melange aus anti-imperialistischen Narrativen einerseits und antidemokratischen, faschistischen und antiliberalen Politiken andererseits. Charakteristisch für diese Entwicklungen sind ein erstarkender Autoritarismus, ein offen zur Schau gestellter Anti-Feminismus, der Aufstieg der Neuen Rechten sowie ein illiberales Verständnis von Demokratie. Diese Dynamiken sind geprägt von der Aushebelung demokratischer Institutionen und Prozesse sowie der Einschränkung grundlegender Menschenrechte, besonders von Gruppen, wie FLINTA¹ und Indigenen. Dabei werden Meinungs- und Organisationsfreiheit beschnitten, Demonstrationen verboten oder repressiv und gewaltsam aufgeholt und politische, soziale sowie kulturelle Rechte systematisch negiert. Ein zunehmend repressiver Staat geht mit wachsender Gewalt gegen Protestakteure, politische Gegner:innen und kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft vor.

Die Folgen dieser Entwicklungen für die entwicklungspolitische, internationale bzw. internationalistische Zusammenarbeit sind vielfältig. Sie verändern nicht nur die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln von Partnerorganisationen in Lateinamerika, sondern beeinflussen auch die politische Arbeit der Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen sowie politischen Stiftungen in Deutschland. Die Frage, wie in

1 Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Trans- und Agender-Personen.

einer internationalistisch-solidarischen Weise hiermit umgegangen werden kann und muss, stellt sich für beide Seiten gleichermaßen. Wir haben uns mit diesen Herausforderungen während der Hofgeismarer Lateinamerikagespräche im Januar 2025 im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Vertreter:innen der deutschen Zivilgesellschaft beschäftigt. Hierzu haben wir Menschen eingeladen, die seit vielen Jahren im Bereich der internationalen Zusammenarbeit mit Lateinamerika tätig sind: *Valeska Hesse*, zum Zeitpunkt des Gesprächs Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung, *Ferdinand Muggenthaler*, ehem. Leiter des Anden-Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito, *Christiane Schulte*, Leiterin der Abteilung Lateinamerika und Karibik bei Brot für die Welt, und *Ingrid Spiller*, ehem. Referatsleiterin Lateinamerika der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Diskussion zwischen den Referent:innen sowie das Publikumsgespräch hat *Kristina Dietz*, Professor:in für Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Lateinamerika an der Universität Kassel, geführt.

Im Folgenden fassen wir zentrale Aspekte des Gesprächs zusammen. Im ersten Teil ordnen wir aktuelle autoritäre bis hin zu faschisierenden Tendenzen in Lateinamerika historisch ein und fragen nach den Folgen dieser Entwicklungen für die praktische (Zusammen-)Arbeit mit lateinamerikanischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. Im zweiten Teil gehen wir der Frage nach, mit welchen Gegenstrategien emanzipatorische zivilgesellschaftliche Akteure im Inland und international auf das Erstarken der autoritären Rechten reagieren. Wir diskutieren, inwiefern sich hierbei neue internationalistische Netzwerke herausbilden, die eine Antwort bzw. Gegenstrategie auf die Transnationalisierung der autoritären, bzw. extremen Rechten sein können.

2. (Historische) Einordnung, Folgen für zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und Internationalismus

Kristina Dietz: Ingrid, die Einschränkung politischer Räume der Partizipation und politischer Grundrechte, die Aushöhlung demokratischer Institutionen des Staates sowie deren Aneignung durch machtvollen Akteure, lassen sich in einigen Ländern Lateinamerikas schon seit Jahren beobachten. In der politikwissenschaftlichen Debatte wurden lateinamerikanische Demokratien nach den meist paktierten Übergängen von autoritären zu

demokratischen Regimen Endes des 20. Jahrhunderts nicht selten als illiberal oder als Fassadendemokratien mit einer mangelnden Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien beschrieben. Seitdem haben sich die Demokratien in der Region dynamisch entwickelt. Auf erkämpfte, progressive Ausweitungen demokratischer Teilhabe folgten immer wieder reaktionäre Einschränkungen. Wo siehst Du in Bezug auf die aktuellen autoritären bis hin zu rechtsextremen Entwicklungen in der Region Kontinuitäten zu dem, was bereits vor einigen Jahren unter Begriffen wie *shrinking spaces*² oder *poderes fácticos* diskutiert wurde? Und was ist auch neu?

Ingrid Spiller: Der neue Autoritarismus und der Rechtsruck in Lateinamerika sind Entwicklungen, die sich schon seit längerem abzeichnen. Sie sind mehr als die demokratische Abwahl einer Regierung, die in sie gesetzte Hoffnungen nicht erfüllt hat. Sie sind Ausdruck einer tiefen gesellschaftlichen Krise und spiegeln die Unzufriedenheit und das Misstrauen großer Teile der Bevölkerung gegenüber den politischen Eliten bzw. dem politischen System insgesamt wider. Die Demokratie selbst wird in Frage gestellt.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig und länderspezifisch wie Armut, soziale Ungleichheit, Gewalt und fehlende öffentliche Sicherheit. Doch die Hoffnung darauf, dass sich durch Wahlen etwas grundlegend ändern würde, wurde in den letzten Jahrzehnten in Lateinamerika unabhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungen immer wieder enttäuscht, denn auch den so genannten progressiveren Regierungen [etwa in Bolivien unter Morales, Ecuador unter Correa oder Venezuela unter Chávez] gelang es nur zeitweise, Armut und Ungleichheit zu reduzieren. Eine wesentliche Ursache für dieses wahrgenommene Systemversagen sind die *poderes fácticos*, also die politischen, ökonomischen und kriminellen Interessensgruppen und Netzwerke, die den Staat weitgehend kooptiert haben und die eigentlichen Machthaber sind. Sie setzen auf illegitime oder illegale Weise ihre Partikularinteressen durch – entweder allein oder über die Verflechtung von öffentlicher Macht und weiteren kriminellen Netzwerken. Die Partikularinteressen werden dabei häufig gegen das Gemeinwohl durchgesetzt. Letztlich handelt es sich hier um die Fortsetzung patrimonialer und klientelistischer Machtausübung unter dem Deckmantel einer liberalen Demokratie.

2 Der Begriff beschreibt die Beeinträchtigung zivilgesellschaftlichen Handelns.

Populistische, rechtslibertäre und rechtsextreme Akteure machen sich die demokratieskeptische Stimmung in der Bevölkerung in vielen Ländern der Region zu Nutze. Sie präsentieren sich als Außenseiter des politischen Systems, als Anti-Establishment. Sie beschwören die alten Traditionen und Werte – ihre Utopie lautet „Zurück in die Zukunft“. Dabei führen sie einen Kulturkampf, indem sie Feindbilder schaffen und die gesellschaftliche Polarisierung und Entsolidarisierung gezielt vorantreiben. So können sie große Teile der Bevölkerung aus allen sozialen Schichten für sich begeistern und Präsidentschaftswahlen gewinnen.

Einige dieser neuen Akteure, die eigentlich nicht wirklich neu sind, sondern meistens bereits in das politische System eingebunden waren, erhalten bereits im Wahlkampf Unterstützung durch die *poderes fácticos*. So haben Evangelikale Gruppen [die so genannten Pfingstkirchen, vgl. den Beitrag von Schäfer in diesem Band] in Brasilien Präsident Bolsonaro maßgeblich zum Wahlsieg verholfen. Aber auch ohne diese Art der direkten Unterstützung setzt sich die Einflussnahme der *poderes fácticos* meistens ungestört fort, zumal die Interessensüberschneidungen im ökonomischen und rechtlichen Bereich groß sind.

Die neuen autoritären Akteure erweitern und legitimieren ihren Handlungsraum, indem sie – unter dem Beifall ihrer Anhänger:innen – offen und radikal für die Relativierung von Menschenrechten, für die Zerstörung demokratischer staatlicher Strukturen und einen schlanken Staat eintreten. Das Foto von Argentinien's Präsident Milei mit der Kettensäge steht ikonisch für diesen neuen Typus von Politiker:innen. Mit dem Kulturkampf u.a. gegen Feminismus, *wokeness*, linke Universitäten und linken Aktivismus lenken sie von den eigentlichen Ursachen der Krise ab und schränken zivilgesellschaftliche Spielräume ein. Damit führen sie die Politik der *shrinking* bzw. *closing spaces* fort, aber mit einem breiteren und zum Teil „smarteren“ Instrumentarium. Neben Kriminalisierung und direkter Repression nutzen sie auch andere Mittel, wie beispielsweise gesellschaftliche Diskreditierung und Ausgrenzung, Verleumdung und das Schüren von Hass. Zivilgesellschaftliches Handeln gerät auch durch den Abbau staatlicher Strukturen und sozialer Unterstützungsmaßnahmen ins Wanken. So haben viele Organisationen ihre Finanzierungsquellen und damit ihre Strukturen verloren. Die wachsende Armut hindert viele ehemals aktive Menschen daran, sich neben ihrem Kampf ums tägliche Überleben noch zu engagieren bzw. zu organisieren.

Ich möchte noch einmal betonen, dass es in Lateinamerika große länderspezifische Unterschiede gibt und sich die jeweiligen Entwicklungen nur

bedingt vergleichen lassen. Gemeinsam ist ihnen aber, dass sie Teil einer globalen Entwicklung, eines globalen Rechtsrucks sind. Die Rechte hat ihre Stärke in den letzten Jahren unter anderem daraus gewonnen, dass sie internationale Allianzen gebildet und voneinander gelernt hat (vgl. den Beitrag von Dip et al. in diesem Band).

Kristina Dietz: Christiane, ihr arbeitet in vielen Ländern mit zivilgesellschaftlichen Basisorganisationen zusammen. Wie hat sich im Kontext wachsender staatlicher Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Akteure die Arbeit für eure Partner verändert? In welchen Ländern ist es für eure Partnerorganisationen besonders schwierig, ihre Arbeit fortzusetzen? Kannst Du uns ein Beispiel geben?

Christiane Schulte: Auch wir stellen fest, dass unsere Partnerorganisationen in immer mehr Ländern unter Druck geraten. Inzwischen erleben wir *shrinking spaces* in der Mehrheit der Länder, in denen wir Organisationen in Lateinamerika unterstützen. Seit einigen Jahren stehen insbesondere die Menschen in Zentralamerika unter Druck, allen voran in Nicaragua und El Salvador, inzwischen auch in Peru, Paraguay, Ecuador und Argentinien. Alles Länder mit sehr unterschiedlichen Regierungen. Die gemeinsame Tendenz ist jedoch, dass zunehmend autoritär regiert wird, häufig unter Abbau von Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit.

Von den *shrinking spaces* sind besonders Organisationen betroffen, die sich um die Einhaltung von (Menschen-)Rechten kümmern. Dazu gehören Frauenrechtsorganisationen und Organisationen, die die Rechte von LGBTIQ und Indigenen verteidigen. Ebenso betroffen sind Organisationen, die sich darauf spezialisiert haben, Menschenrechtsverletzungen vor internationale Rechtsinstanzen, wie den interamerikanischen Gerichtshof, zu bringen und Organisationen, die im Kontext von Großprojekten ihr Recht auf Land verteidigen. Das sind häufig indigene Organisationen. Daran wird deutlich, dass die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Diversität, Rechte indigener Völker, Ressourcengerechtigkeit, aber auch die Menschenrechte und das internationale Völkerrecht insgesamt unter Beschuss stehen.

Die Einführung von den sogenannten Anti-NGO-Gesetzen (oder Ausländische-Agenten-Gesetze) stärkt die Kontrolle durch staatliche Instanzen und führt zu erheblichem bürokratischen Mehraufwand, der die Kapazitäten der häufig kleinen Organisationen übersteigt. Bei Nichteinhaltung neuer Vorgaben oder, wie es im peruanischen Gesetzesentwurf heißt, „bei der Störung der öffentlichen Ordnung“, steigt die Gefahr, aufgelöst zu werden. In Nicaragua sind in den letzten Jahren mehr als 5000 Organisationen

verboten worden. Die Regierung hat anschließend das Eigentum der Organisationen konfisziert. Betroffen sind neben den Organisationen auch ihre Mitarbeitenden und in einigen Fällen deren Familien. Unsere Partner berichten von Einschüchterungen, Übergriffen, Spionage und von Kriminalisierung. In einigen Ländern fürchten sie um ihre eigene Sicherheit und die der Gruppen, mit denen sie arbeiten. Das bedeutet, dass die Schwierigkeiten der Organisationen zu existentiellen Problemen der Menschen werden, was erhebliche Auswirkungen auf unsere Zusammenarbeit hat. In sehr gravierenden Fällen muss die ganze Organisation ihre Aktivität beenden und ggf. aus dem Nachbarland ihre Arbeit fortsetzen. Wir haben in den letzten Jahren nicaraguanische Organisationen dabei unterstützt, ihre Organisation in anderen Ländern neu aufzubauen. Das droht angesichts des jüngsten Anti-NGO-Gesetzes auch Organisationen in El Salvador, denen zusätzlich hohe Steuern auf internationale Zuwendungen abverlangt werden. Repression und Kriminalisierung bedeuten für die Mitarbeitenden Angst und Unsicherheit. In manchen Fällen müssen Mitarbeitende von Organisationen akut in Sicherheit gebracht werden oder sogar das Land verlassen. In anderen Fällen wird der Geldtransfer schwieriger sowie die Einhaltung von Standards und Verfahren.

Wir haben festgestellt, dass Organisationen sehr gut voneinander lernen können. Deshalb organisieren wir den Erfahrungsaustausch zwischen Organisationen verschiedener Länder, z.B. einen Austausch zwischen Peru, Paraguay und Guatemala zum Umgang mit den Anti-NGO-Gesetzen.

Kristina Dietz: Valeska, für euch als Friedrich-Ebert-Stiftung ist es ähnlich wie für Brot für die Welt. Eure Partner stehen in vielen Ländern ebenfalls vor massiven demokratiepolitischen Einschränkungen. Welche Erfahrungen macht ihr? Was berichten euch eure Partner etwa aus El Salvador oder Argentinien?

Valeska Hesse: In der Tat ist auch Lateinamerika zunehmend von sogenannten *closing spaces* betroffen. Das ist für uns in der Region, im Vergleich zu anderen Regionen, ein relativ neues Phänomen, zumindest wenn wir auf die ca. letzten 40 Jahre schauen, mit Ausnahme von Kuba. Wie wir reagieren, ist immer kontextabhängig. In Nicaragua haben wir 2021 entschieden, uns zurückzuziehen. Das hatte vor allem Sicherheitsgründe, weil der Machtapparat von Daniel Ortega immer repressiver wurde und wir nicht mehr für die Sicherheit unserer Mitarbeiter:innen vor Ort und vor allem unserer Partnerorganisationen garantieren konnten. Seitdem arbeiten wir mit nicaraguanischen Akteuren, die in Costa Rica im Exil sind. Die

Partner haben zunächst einmal basale Bedarfe, wie rechtliche Unterstützung oder auch einfach eine Unterkunft, was wir als Stiftung leider nicht finanzieren können. Ein Instrument, was wir in autoritären Kontexten, sei es in Nicaragua oder anderswo nutzen, ist die Möglichkeit, über Stipendien zeitweise gefährdete Personen nach Deutschland zu holen. Und wir versuchen gemeinsam mit den Partnern Aufmerksamkeit für die Situation in Nicaragua und die politischen Gefangenen dort zu herzustellen. So ging der jährliche FES-Menschenrechtspreis 2024 an das nicaraguanische Journalistennetzwerk PCIN (*Periodistas y Comunicadores Independientes de Nicaragua*).

Eine weitere Aufgabe für uns ist, Nachwuchskräfte auszubilden und im Fall von Nicaragua politische Gegeninitiativen zu Ortega zu beraten. Aber vom Exil aus ist es für diese Organisationen schwierig, Einfluss auszuüben, geschweige denn, an Wahlen teilzunehmen. Ich bin daher skeptisch, ob man von außen (quasi aus dem Exil) einen Regimewechsel herbeiführen oder anstoßen kann. Auch in El Salvador unter Nayib Bukele arbeiten wir in einem autoritären Kontext. Ich selbst habe das Büro von 2010 bis 2012 in San Salvador geleitet und kann deshalb gut vergleichen, wie sich das Land und der politische Kontext seitdem verändert haben. Die damalige Regierungspartei Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) ist heute praktisch nicht mehr existent. Die politische Opposition wurde unter Bukele mundtot gemacht. Sorge bereitet uns auch ein sog „Ausländisches-Agenten-Gesetz“ nach dem Vorbild von Russland und Nicaragua, das vom Präsidenten ins Parlament eingebracht wurde.³ Zwar bietet uns unser Status als internationale Organisation in El Salvador einen gewissen Schutz, dennoch agieren wir bewusst zurückhaltend, vermeiden öffentliche Sichtbarkeit und üben in gewissem Maße Selbstzensur. Insbesondere in den Themenfeldern Geschlechtergerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation sehen wir uns zunehmend mit erheblichem Gegenwind konfrontiert. In El Salvador müssen wir immer wieder prüfen, ob wir unsere beiden Mitarbeiterinnen oder unsere Partner gefährden, soweit diese überhaupt noch im Land sind. Viele unserer Partner in El Salvador mussten das Land verlassen und sind mittlerweile in Costa Rica, Spanien oder an anderen Orten. Unter anderem aufgrund der politischen

3 Am 21. Mai 2025, ungefähr vier Monate nach dem Gespräch, wurde die „Ley de Agentes Extranjeros“ vom Parlament in El Salvador verabschiedet, siehe <https://www.asamblea.gob.sv/node/13572>, letzter Aufruf 29.09.2025.

Verschärfung und der Sicherheitsrisiken hat die FES deshalb entschieden, Ende 2025 nach Nicaragua auch ihr Büro in El Salvador zu schließen.

In Ländern wie Argentinien wird zwar noch nicht von einem autoritären Kontext gesprochen, dennoch regiert ein Präsident, der zur Verrohung des politischen Diskurses beiträgt, die Verbrechen der Militärdiktatur leugnet, zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen beschimpft und diskreditiert und ihnen massiv staatliche Mittel streicht. Auch bei sozialen Protesten kommt es zum Einsatz von Polizeigewalt. In solchen Kontexten sehen wir unsere Rolle auch darin, in Deutschland und gegenüber den staatlichen politischen Institutionen auf die besorgniserregenden Entwicklungen hinzuweisen um die Beziehungen zwischen progressiven Akteuren in Argentinien und Deutschland zu stärken.

Kristina Dietz: Ferdinand, in Lateinamerika vollzieht sich die autoritäre Wende nicht eindeutig entlang der Kategorien „links“ und „rechts“. Der renommierte venezolanische Soziologie Edgardo Lander argumentierte, dass in Venezuela seit dem Wahlbetrug von Nicolas Maduro im Juli 2024 die Demokratie abgeschafft wird. Aktuell wird Lander vorgeworfen, sich zusammen mit anderen Kolleg:innen auf illegitime Weise in die Souveränität des Staates Venezuelas einzumischen. Von diesem Vorwurf betroffen ist auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie weitere venezolanische Forschungseinrichtungen und Sozialwissenschaftler:innen. Dabei galt Venezuela unter Hugo Chávez gerade für Linke weltweit als Referenz für einen demokratischen Sozialismus v.a. mit Blick auf die politische Teilhabe marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen. In Bezug auf die Entwicklungen in Nicaragua unter der aktuellen Regierung Daniel Ortegas sprechen viele schon seit Jahren von einer Diktatur. Aber auch Ortega verortet sich als „links“, von einigen vermeintlich linken Netzwerken in der Region, wie dem Foro de São Paulo, werden beide Regierungen weiterhin als linke Verbündete unterstützt. Zur politischen und desaströsen sozialen Situation in Kuba wird unterdessen meist geschwiegen. Was bedeutet die wachsende Verwischung der Grenzen zwischen links (= demokratisch, inklusiv) und rechts (= autoritär, faschistisch) für den Internationalismus und für eine internationalistische Linke?

Ferdinand Muggenthaler: Eine große Frage, zu der ich nur ein paar Gedanken beisteuern kann. Ich möchte vorausschicken: Es scheint mir komplizierter, als Du es in Deiner Frage darstellst: Die Zuordnung links = demokratisch und rechts = autoritär war nie so eindeutig. Es gab immer autoritäre Strömungen innerhalb des linken Kosmos. Es scheint mir aber

auch nicht sinnvoll, diese einfach zu exkommunizieren. Sie sind ein einflussreicher Teil linkspolitischer Geschichte, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, um die Niederlage der Linken – die sich auch im Aufstieg autoritärer rechter Kräfte manifestiert, insbesondere in Lateinamerika – zu verstehen.

Und noch eine Vorbemerkung: Internationale Solidarität – und den altmodischen Begriff möchte ich verwenden – sollte von einem gemeinsamen Interesse ausgehen. Angesichts des Anschwellens eines rechten Autoritarismus in Europa, Deutschland und in Lateinamerika sollte das gemeinsame Interesse sein, dem etwas entgegenzusetzen, ohne dabei einen strukturähnlichen Autoritarismus, der aus einer linken Geschichte kommt, zu rechtfertigen oder einfach zu leugnen. Wenn ich also hier Teile der lateinamerikanischen Linken kritisiere, dann aus diesem – hoffentlich geteilten – Interesse heraus. Dazu gehört, gerade in einem akademischen Rahmen, zu diskutieren, was die Ursachen für diese Entwicklungen sind. In einer traditionell linken Analyse heißt es dann oft: „Der Neoliberalismus hat der neuen autoritären Rechten den Boden bereitet“. Dafür gibt es Argumente, aber wenn ich das jetzt lese – etwa beim Treffen der Linken Morena-Anhänger:innen in Mexiko (*Unidad de la izquierda*) – scheint mir das denkfaul und bequem. In Lateinamerika, vor allem in Südamerika müsste es doch mindestens genauso naheliegend sein, zu antworten: „Das Scheitern der links-progressiven Regierungen hat den Boden für den Aufstieg einer autoritären Rechten bereitet“. Ein paar Schlagworte, die dieses Scheitern kennzeichnen: In einigen Ländern wurde die Lücke zwischen Rhetorik und Wirklichkeit immer größer. Die gefeierten Erfolge in der Armutsbekämpfung beruhten vor allem auf klientelistischer Verteilung von staatlichen Rohstoffeinnahmen, nicht auf einem neuen inklusiven produktiven Modell. Das hat strukturell Korruption begünstigt, statt sie – wie versprochen – zu bekämpfen. Es gab auch ein Scheitern in der Sicherheitspolitik, was die Rechte jetzt sehr gut ausbeuten kann. Wer den Erfolg der *mano duro* (harte Hand) Rhetorik in der Kriminalitätsbekämpfung brechen will, darf nicht ignorieren, dass es das Bedürfnis nach innerer Sicherheit in der Bevölkerung gibt, und Armutsbekämpfung nicht die einzige Antwort auf Kriminalität sein kann. Aus der gescheiterten Polizeireform in Venezuela könnten andere Regierungen – auch lokale – sicher lernen⁴. Kurz gesagt: Selbstkritik darf jetzt nicht aufgeschoben werden, weil es gegen die Faschisierung geht.

4 Vgl. <https://venezuelanalysis.com/interviews/14583/>, letzter Aufruf 25.08.2025.

Leider ist diese Reflexion bei einigen, die ich als potenzielle Partner einer internationalen Solidarität betrachte, nicht vorhanden. Im Gegenteil: Es gibt die Tendenz, in ein Lagerdenken zu verfallen und im eigenen Lager befinden sich dann die autoritären Regime von Nicaragua und Venezuela, Kuba sowieso. Ein Beispiel: Die linke Zeitung *La Jornada* in Mexiko hielt es nach den Wahlen in Venezuela für angemessen, als Redaktion die unverbrüchliche Solidarität mit Maduro zu bekunden und die offensichtlichen Belege für den Wahlbetrug einfach zu ignorieren.⁵ Aber auch soziale Organisationen, wie der *Congreso de los Pueblos* in Kolumbien oder die *Madres de la Paza de Mayo* in Argentinien – potenzielle Bündnispartner bei der Verteidigung von Menschenrechten gegen Autoritäre wie Jair Bolsonaros oder marktradikale Rechte wie Javier Milei – sind festgefahren in einem fatalen Lagerdenken, in dem autoritäre Herrschaft, wenn sie aus einer irgendwie linken oder sozialistischen Tradition kommt, zum eigenen Lager gehört.

Ich fürchte, eine solche Haltung hilft nicht gegen den Aufstieg eines rechten Autoritarismus, ist also auch taktisch schädlich, und vor allem unterstützt sie einen Autoritarismus, der zwar aus einer linken Tradition kommt, aber faktisch in keiner Beziehung besser ist als der rechte Autoritarismus. Ich denke es wäre daher wichtig, dass die Basis einer internationalen Solidarität ein anti-autoritärer, demokratischer Grundkonsens ist. Und dabei würde ich Menschen, Bewegungen und Organisationen einbeziehen, die sich nicht notwendigerweise links verorten.

Wir werden weiter die Links-Rechts-Achse zur politischen Einordnung benutzen, aber ich habe Zweifel, dass diese Achse noch so entscheidend bzw. analytisch gut genug definiert ist. Eine übliche Definition der extremen Rechten („Far Right“) trifft aus meiner Sicht extakt auf Venezuela zu: die Betonung nationaler Souveränität, *in-group* gegen *out-group*, das Sprechen im Namen des Volkes sowie starke Führerfiguren (vgl. de Jonge et al., 2024).

3. Herausforderungen und Gegenstrategien

Kristina Dietz: Die im ersten Teil beschriebenen politischen Verschiebungen, die Zunahme autoritärer Tendenzen sowie der wachsende Druck

5 Vgl. <https://www.jornada.com.mx/noticia/2025/01/11/editorial/acerca-de-venezuela-deben-decidir-los-venezolanos-1951>, letzter Aufruf 25.08.2025.

auf zivilgesellschaftliche Akteure bilden den Hintergrund für die Frage, wie internationale, nationale und lokale Organisationen darauf reagieren (können). Autoritarismus, Repression und die gezielte Delegitimierung kritischer Stimmen stellen Partnerorganisationen nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in anderen Weltregionen vor existentielle und politische Herausforderungen. Rechte Parteien und ihre Vorfeldorganisationen gewinnen in Deutschland und anderen europäischen Ländern an politischem Einfluss. Diese Entwicklungen wirken sich auch auf die politische und finanzielle Grundlage für entwicklungspolitisches Engagement und internationale Zusammenarbeit aus. Vor diesem Hintergrund nimmt der zweite Teil des Gesprächs Gegenstrategien in den Blick. Dabei geht es um unmittelbare Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Akteure in Lateinamerika und zur Sicherung von Handlungsspielräumen sowie um Strategien, wie unter schwieriger werdenden Bedingungen für Menschenrechte, Demokratie und globale Gerechtigkeit international solidarisch eingestanden und gekämpft werden kann.

Christiane, wie geht ihr von Brot für die Welt mit den beschriebenen veränderten Bedingungen der politischen Arbeit eurer Partnerorganisationen um? Wie verändert sich eure Arbeit im Kontext eines auch in Deutschland wachsenden Drucks von rechts auf Entwicklungszusammenarbeit?

Christiane Schulte: Die weltweiten Veränderungen wirken sich auf unsere Arbeit mit den Partnern, auf unsere Lobbyarbeit in Deutschland und auf unsere strategische Ausrichtung aus. In der Arbeit in Lateinamerika steht die Sicherheit unserer Partnerorganisationen und deren Mitarbeitenden im Vordergrund. In den akuten Krisen vor Ort erwarten die Organisationen unsere Unterstützung bei der Erarbeitung von Risikoanalysen, Sicherheitsplänen und psycho-sozialer Begleitung. Wir organisieren auch rechtliche Beratung für ihre Registrierung im Rahmen neuer Gesetzesverfahren. Ein Netzwerk von erfahrenen Organisationen in der Region unterstützt bei Schutzaufenthalten, für die wir Mittel aus einem Notfonds zur Verfügung stellen. Wir unterstützen die Dokumentation von Gewalt und Kriminalität gerade im Kontext der organisierten Kriminalität.

Wichtig sind Zusammenkünfte mit unseren Partnerorganisationen, um uns zu diesen multiplen Herausforderungen, die in ganz unterschiedlichen Regionen der Welt erschreckende Ähnlichkeiten aufweisen und die wir mit dem Erstarken der extremen Rechten auch in Deutschland erleben, vertrauensvoll auszutauschen. Solche Zusammenkünfte ermöglichen die gemeinsame Analyse, fördern das gegenseitige Verständnis und führen zur

Erarbeitung von kollektiven Strategien. Bei einem solchen Treffen sprachen unsere Partnerorganisationen von einem globalen Angriff auf die kritische Zivilgesellschaft weltweit. Dabei wurde auch kritisch auf die eigene Praxis geschaut. Der starken Vernetzung der extremen Rechten können wir nur unsere solidarischen Netzwerke entgegensetzen. Ein besonderes Netzwerk ist dabei in Guatemala entstanden, wo sich die Rechtsstaatlichkeit in den letzten Jahren sehr verschlechtert hat. Justizmitarbeitende (Richter:innen und Staatsanwälte) wurden in der Aufarbeitung von Verbrechen aus dem Bürgerkrieg in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt, bedroht und mussten in vielen Fällen das Land verlassen. In diesem Kontext haben sich in Guatemala die Vereinigung der unabhängigen Richter:innen (AGJI) und in Zentralamerika der Zusammenschluss der Richter:innen für die Demokratie gegründet. Mit Unterstützung von Brot für die Welt und Partnerorganisationen haben sie sich mehrmals in den letzten Jahren getroffen und mit Zivilgesellschaft und dem Deutschen Richterbund ausgetauscht und vernetzt. Deutsche Richter:innen sind nach Guatemala gereist und haben sich solidarisch an die Seite bedrohter Richter:innen in Guatemala gestellt. 2024 haben an einem Vernetzungstreffen auch Vertreter:innen des Internationalen Richter:innenbundes, Richter:innen aus Osteuropa und die UN-Sonderbeauftragte für die Unabhängigkeit der Justiz, Margaret Satterthwaite, teilgenommen und ihre Unterstützung zugesagt.

Die abnehmende gesellschaftliche Akzeptanz für Entwicklungspolitik bringt uns dazu, gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen die Mittelakquise zu diversifizieren, Kooperationsformate auf den Prüfstand zu stellen und anzupassen und uns auch in der thematischen Ausrichtung strategisch neu aufzustellen. Das gilt für die Arbeit in Lateinamerika und für die Lobbyarbeit in Deutschland und Europa. Das Thema der Anti-NGO-Gesetze lobbyiert Brot für die Welt gegenüber dem Finanzministerium, das für die Financial Action Task Force⁶ (FATF) zuständig ist, sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), in dessen Zuständigkeit die entsprechende Behörde für Lateinamerika GAVI-LAT, fällt. In Artikel 8 der FATF tauchen unter den besonders gefährdeten Einheiten für Geldwäsche Nichtregierungsorganisationen auf. Manche Regierungen nutzen die internationalen FATF-Vorgaben aus, um gegen unliebsame NGOs im Land vorzugehen. Unsere Partnerorganisationen berichteten bei Besuchen im deutschen Finanzministerium und im

6 Internationale Institution, die Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Finanzierung von Massenvernichtungswaffen setzt.

BMZ über Repressionen, die sie in ihren Herkunftsländern erleben. Tatsächlich ist nach Protesten in mehreren Ländern der Artikel 8 inzwischen überarbeitet worden.

Bei aller Anpassung an die neuen Kontexte halten wir an unseren zentralen Themen und Forderungen wie globale Gerechtigkeit, Menschenrechte für alle und ein gerechter Klimawandel trotz oder gerade angesichts der Anfeindungen von extrem rechts fest. Sie sind heute relevanter denn je.

Kristina Dietz: Valeska, wie reagiert ihr als FES auf die wachsenden Anforderungen in den Partnerländern, aber auch im Inland? Ihr seid, wie viele andere zivilgesellschaftliche Einrichtungen, von Mittelkürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit, von thematischen Verschiebungen und neuen Schwerpunktsetzungen (Stichwort Sicherheit, Militarisierung, nationaler Wettbewerb) betroffen. Wie gelingt es euch, politische Grund- und Menschenrechte auch weiterhin zu einem Schwerpunkt eurer Arbeit zu machen? Zudem frage ich mich, ob es zur wachsenden transnationalen Vernetzung der autoritären Rechten (s. Beitrag von Dip et al. in diesem Buch) eine Antwort progressiver Kräfte gibt. Mit wem vernetzt ihr euch?

Valeska Hesse: Die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale Arbeit der politischen Stiftungen sind massiv unter Rechtfertigungsdruck. Das merken wir natürlich auch in unserer Arbeit, in erster Linie an den sinkenden Mitteln im BMZ-Haushalt, aber auch im öffentlichen Diskurs, durch eine Zunahme der AfD-Anfragen an das BMZ und durch verzerrte Darstellungen in bestimmten Medien.

Entwicklungszusammenarbeit soll in dieser Logik primär deutschen kommerziellen und geopolitischen Interessen dienen, während Solidarität oder Armutsbekämpfung nachrangig zu behandeln sei. Unsere Strategie ist, dass wir eine neue Rahmung versuchen. Wir argumentieren, dass es gerade in diesen Zeiten wichtig ist und im Interesse Deutschlands, dass Deutschland enge Beziehungen jenseits der klassischen diplomatischen Wege in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft unterhält, um die Internationalen Beziehungen zu gestalten. Es geht darum, gemeinsam mit anderen Ländern, geteilte Werte, Regeln und Normen zu schützen und zu stärken, wie das Völkerrecht, die Menschenrechte, den Multilateralismus, das Pariser Klimaabkommen usw.. So gibt es z.B. eine Zusammenarbeit zwischen progressiven Regierungsakteuren aus Deutschland und Brasilien für eine Reform der Internationalen Finanzinstitutionen oder auch einen Mindeststeuersatz für globale Unternehmen. Wir müssen aber auch noch viel besser darin werden, zu erklären, was wir machen und was und wem das nützt.

Was die Vernetzung der radikalen Rechten angeht, sollten wir diese ernst nehmen, aber auch nicht überschätzen, wie Thomas Greven in einem Beitrag für die FES ausgeführt hat (Greven 2024). Über unser internationales Büronetzwerk und verschiedene Formate versuchen wir, zu einer Vernetzung progressiver Kräfte beizutragen, in unserem Fall besonders zwischen linken und progressiven Parteien aus Lateinamerika und der SPD. In Europa gibt es ein sozialdemokratisches Parlamentarier:innennetzwerk gegen Rechts. Allerdings ist die Linke in Lateinamerika und auch in Europa leider immer noch vielerorts gespalten, obwohl sie sich das angesichts der politischen Entwicklungen eigentlich nicht mehr leisten kann.

Und schließlich versuchen wir auch mit Empirie das Phänomen der radikalen Rechten in den Ländern Lateinamerikas besser zu verstehen, um unsere Strategien besser zu koordinieren. Wir haben hierzu eine Studienreihe mit dem chilenischen Politikwissenschaftler Cristobal Roviras Kaltwasser veröffentlicht, die wichtige Einblicke auf der Grundlage von Fokusgruppeninterviews liefert.⁷

Kristina Dietz: Ferdinand, auf die Herausforderungen für einen emanzipatorischen Internationalismus im Kontext des wachsenden Autoritarismus von rechts und eben in Teilen auch von links bist Du bereits oben eingegangen. Wo siehst Du Ansatzpunkte für eine Transnationalisierung emanzipatorischer Kräfte im Sinne einer Gegenstrategie zur transnationalen Rechten?

Ferdinand Muggenthaler: Transnationalisierung ist ein großes Wort. Mitten in der Renationalisierung bleibt ja auch demokratisch-emanzipatorischen Kräften nicht viel übrig, als im nationalen Rahmen zu agieren. Deswegen würde ich bescheidener erst einmal von gegenseitigem Lernen und vielleicht von Inspirationen sprechen.

Ich sehe da keine fertigen Rezepte, weder in Lateinamerika noch in Europa. Was ich aber sehe, ist die Tendenz, sich angesichts der reaktionären Bedrohung mit alten Parolen auf die eigene linke, sozialistische oder wie auch immer etikettierte Identität zurückzuziehen. Dazu gehört dann oft der Glaube, mit der richtigen Gesellschaftstheorie weiterzukommen. David Graeber hat einmal gesagt, die intellektuelle Linke glaube immer, dass es auf den richtigen charismatischen Theoretiker ankomme, viel wichtiger

7 Vgl. Rovira Kaltwasser (2023).

seien aber ganz praktische Fragen.⁸ In dem Sinn können wir zwar hervorragend über die Erklärung vergangener Entwicklungen diskutieren, das wird aber nicht viel helfen, um ein relevantes Gegengewicht zum Autoritarismus zu schaffen. Diesen Gedanken weitergedacht bedeutet, das es vielleicht besser ist, an den Kampf gegen Rechts und den Aufbau einer demokratischen, ökologischen und gerechten Alternative mit einer gewissen Bescheidenheit oder Demut heranzugehen.⁹ Dabei würde ich mich vor Ort für Bündnisfähigkeit aussprechen und international – das war ja unser Thema – auf Erfahrungsaustausch setzen. Ausgehend von praktischen Fragen wie: Welche Erfahrungen gibt es, erfolgreich auf Social Media gegen Hass und Hetze vorzugehen, oder im Umgang mit den Evangelikalen? Wie gelingt ein Gespräch mit Menschen, die ihre eigene Angst vor Kriminalität anfällig für autoritäre Propaganda macht? Das sind einige der Fragen, über ein Austausch initiiert werden kann und muss.

Die Schwierigkeit dabei wird immer sein, die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten mit einer positiven Zukunftsbotschaft und kurzfristig erlebbaren Verbesserungen zu verbinden – und beides nicht gegeneinander auszuspielen.

Denn es gibt ja etwas zu verteidigen und es gibt aktuell keine starken liberalen Kräfte – weder in Lateinamerika noch in Europa – die sozusagen „für uns“ Demokratie und Menschenrechte aufrechterhalten. Die Linke könnte sich darauf konzentrieren, diese Rechte auszuweiten und darüber hinauszugehen. Gleichzeitig ist die Verteidigung eines schlechten Status Quo allein weder attraktiv noch realistisch. Gleichzeitig ist abstrakte Radikalität für die wenigsten Menschen attraktiv und aufgrund der beschriebenen Erfahrungen mit links-autoritären Regierungen und ihrer Rhetorik keine Option. Wie eine andere Perspektive aussehen kann, ein anderes Modell, das lässt sich meines Erachtens nicht theoretisch ableiten. Also ist die Frage, wo Elemente einer Gegenstrategie in der Wirklichkeit aufscheinen. Um diese Elemente zu finden, müssen wir genau hinsehen, was, wo, wie und unter welchen Bedingungen und durch wen funktioniert. Eine Blaupause gibt es nicht. Aber es gibt Organisationen, die Menschenrechte und

8 Vgl. <https://www.helle-panke.de/de/topic/3.termine.html?id=2981>, letzter Aufruf 25.08.2025.

9 Der Erfolg der Kampagne des linken Bürgermeisterkandidaten der Demokraten Zorhan Mamdani in New York beruht ja wohl auch darauf, dass er glaubwürdig zuhören kann. Linke neigen ja sonst gerne zum Belehren und glauben, mit der „richtigen“ Gesellschaftsanalyse sei schon viel gewonnen. Es lohnt sich, sich solche Erfolge genau anzusehen, und zu überlegen, was für den jeweiligen Kontext daraus zu lernen ist.

Demokratie verteidigen, aber gleichzeitig nicht den Geruch der „Eliten“ (neuer und alter) haben, z.B. die aus dem Chavismus hervorgegangene venezolanische Menschenrechtsorganisation Surgentes¹⁰. Solche Initiativen zu suchen, sie zu unterstützen und von ihnen zu lernen, das scheint mir ein wichtiger und praktischer Teil einer internationalen Solidarität gegen den anschwellenden Autoritarismus zu sein.

Kristina Dietz: Ingrid, Du bist aktuell im Vorstand der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Welche Erfahrungen habt ihr gemacht? Wo setzt ihr an, um gemeinsam mit euren internationalen Partnern ein Gegengewicht zum Erstarren der Rechten zu bilden?

Ingrid Spiller: Als Stiftung Nord-Süd-Brücken haben wir keine direkten Partner:innen im Globalen Süden, sondern wir unterstützen Organisationen und Vereine in Ostdeutschland und Berlin bei der Finanzierung von Projekten der Armutsbekämpfung und Menschenrechtsarbeit im Globalen Süden sowie im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit bei uns.

In Deutschland gewinnt die Rechte zunehmend an Zustimmung und parlamentarischem Einfluss. Das bekommen unsere entwicklungspolitischen Partnerorganisationen und Netzwerke, zu denen auch viele migrantisches Organisationen gehören, zu spüren. Etliche von ihnen sind schon seit längerem verbalen und tätlichen Angriffen aus dem rechten Lager ausgesetzt. Außerdem berichten sie, wie die AfD ihnen auf kommunaler Ebene den Zugang zu Fördermitteln blockiert. Gleichzeitig nimmt die Zustimmung zu Entwicklungszusammenarbeit in der Bevölkerung ab, die Spendenbereitschaft sinkt und Fördergelder werden auf Bundes- und Länderebene gekürzt. Die Auswirkungen betreffen sowohl unsere Partnerorganisationen in Ostdeutschland, deren Organisationsstrukturen durch Reduzierung oder Ausfall finanzieller Mittel wegzubrechen drohen, als auch ihre Partner:innen im Globalen Süden.

Auf der Suche nach Antworten auf diese schwierige Situation agieren die entwicklungspolitischen Organisationen und Netzwerke in Ostdeutschland im Wesentlichen auf drei Handlungsebenen:

10 <https://surgentes.org.ve/>. Die Organisation wird zunehmend durch die Regierung Maduro bedroht. Am 8. August 2025 wurde eine Sprecherin von Surgentes, Marta Lía Grajales, ohne Anklage festgenommen und war mehrere Tage ohne Kontakt zu Familienangehörigen oder Anwält:innen verschwunden.

1) Breite Vernetzung

Zivilgesellschaftliche Initiativen, zu denen auch unsere Partnerorganisationen gehören, haben (vor den letzten Landtagswahlen) breite kommunale und länderübergreifende Vernetzungen geschaffen, wie z.B. #nordhausenzusammen, Weltoffenes Thüringen und #unteilbarMV. Sie vertreten ein breites gesellschaftliches Spektrum aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften u.v.a.m. Sie haben zwar keine gemeinsame Strategie im Kampf gegen rechts entwickelt, aber sie setzen ein gemeinsames Statement zu Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität. Mutige Vereine wie die Freiburger Agenda 21, Goals Connect oder der Arbeiter-Samariter-Bund Sömmerda haben sich entschieden, über ihre engeren Zielgruppen hinaus aktiv zu werden. Sie versuchen, auch mit den Skeptiker:innen und Gegner:innen globaler Werte und Themen in einen direkten Austausch über entwicklungspolitische Themen zu kommen, miteinander zu streiten, aber auch Schnittmengen auszubauen.

2) Inhaltlicher Strategiewechsel

Auch über die eigene Kommunikation wird nachgedacht, und zwar sowohl in Bezug auf die Sprache als auch auf die Inhalte. Der AfD gelingt es immer besser, das Gift der Entsolidarisierung auf nationaler und globaler Ebene in der Gesellschaft zu verankern. Deshalb suchen die Organisationen nach Ansätzen, Themen von globaler Gerechtigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen, um Gehör und Relevanz zu schaffen. Ein weiteres Ziel ist es, aus der Defensive in die Offensive kommen, d.h. den provokativen und Angst schürenden Narrativen der AfD und ihrer rassistischen Migrationspolitik nicht nur zu widersprechen, sondern ihnen eigene, positive Narrative entgegenzusetzen, z.B. zum Thema Migration.

3) Resilienz und Solidarität

In Anbetracht des politischen Wandels und der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen wird für die entwicklungspolitischen Gruppen und Netzwerke das Thema der eigenen Resilienz immer wichtiger. Besonders gefährdet sind vulnerable Gruppen, wie migrantische Organisationen und Vereine sowie Gruppen aus dem feministischen und queeren Spektrum. Sie wünschen sich mehr Solidarität und ggf. auch physischen Beistand vor Ort von Aktiven aus der Region und aus ganz Deutschland.

Auch der Austausch mit anderen nationalen und internationalen Aktiven aus europäischen und außereuropäischen Ländern, in denen der Rechts-

ruck schon sehr viel weiter fortgeschritten ist, ist wichtig. Aus ihren Erfahrungen und Erfolgen zu lernen, insbesondere in Bezug auf wirksame und potenziell übertragbare Strategien, kann maßgeblich zur Stärkung der eigenen Resilienz beitragen. Gabriela Mitidieri von der argentinischen Menschenrechtsorganisation *Centro de Estudios Legales y Sociales* (Zentrum für Rechts- und Sozialwissenschaften) hat uns dazu folgende Botschaft geschickt. Aus ihrer Sicht braucht es eine klare Kommunikation und deutliche Botschaften (nicht von vorneherein schon in Kompromissen denken); breite Allianzen – auch über die eigenen inhaltlichen Anliegen und das eigene Netzwerk hinaus; starke lokale Netzwerke, also Solidarisierung auf der lokalen Ebene und gegenseitige Unterstützung; internationale Solidarität und ein klares Bewusstsein dafür, was auf dem Spiel steht: nämlich die Demokratie.

4. Fazit

Die beschriebenen politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Verschärfungen – sowohl in Lateinamerika als auch in anderen Weltregionen – verdeutlichen, dass kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft, Protestakteure und politische Gegner:innen weltweit unter zunehmendem Druck stehen. Der wachsende Einfluss autoritärer, rechter Kräfte, deren politische Praxis von staatlichen Repressionen, der Kriminalisierung von Kritiker:innen sowie von Anti-NGO-Gesetzen geprägt ist, bedroht nicht nur einzelne Organisationen, sondern die Grundlagen demokratischer Partizipation insgesamt. Zugleich zeigen die dargestellten Beispiele, dass Solidarität, internationale Vernetzung und die strategische Veränderung von Vorgehensweisen und Organisationsstrukturen an veränderte Rahmenbedingungen entscheidende Ressourcen zur Stärkung von Widerstand und Sicherheit sind. Erfolgreiche Gegenstrategien erfordern den Aufbau breiter Allianzen über ideologische Grenzen hinweg, die Verknüpfung globaler mit sozialer und ökologischer Gerechtigkeit sowie eine stärkere und solidarische internationale Zusammenarbeit, um den Spielraum für zivilgesellschaftliches, politisches Engagement zu sichern sowie Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen.

5. Literatur

- de Jonge, L.; Georgiadou, V., Halikiopoulou, D., Kaltwasser, C.R., Tanscheit, T. (2025): Is the far right a global phenomenon? Comparing Europe and Latin America: A scholarly exchange. *Nations and Nationalism*, 31(1), 7-24. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/nana.13074>.
- Greven, T. (2024): Die Globale Radikale Rechte. Dezember 2024, FES <https://library.fes.de/pdf-files/international/21687.pdf>.
- Rovira Kaltwasser, C. (2023). The far right in Latin America. *Definitions and Explanations*. *Friedrich Ebert Stiftung* <https://library.fes.de/pdf-files/international/20950-20240220.pdf>, letzter Aufruf 25.08.2025.

